



Berlin, 31. Januar 2024

Pressemitteilung

Klimaschutzlösungen im Straßenverkehr dringend gesucht – Politik muss sich deutlich zu erneuerbaren Kraftstoffen bekennen

Einbrechende Neuzulassungszahlen, Unwillen der Verbraucher und zunehmende Zweifel bei Fahrzeugherstellern: Der vom europäischen und vom deutschen Gesetzgeber vorangetriebene All-Electric-Ansatz bei Pkw ist gescheitert. Aus Sicht von UNITI bedarf es mehr Technologieoffenheit und klares politisches Handeln für Kraftstofflösungen, um die Klimaschutzziele zu erreichen und um den Automobilstandort Deutschland zu sichern.

Rund zwei Drittel der Pkw-Halter in Deutschland können dem (politisch) gewollten Technologiewandel einzig auf Elektromobilität nichts abgewinnen und sind für Technologieoffenheit, so ein Ergebnis des DAT-Reports, der alljährlich Einschätzungen und Stimmungen von Pkw-Käufern und -Haltern in Deutschland erhebt und hohes Renommee in der Automobilwirtschaft genießt. Dem Bericht 2024, der gestern vorgestellt wurde, zufolge, kommt nur für 39 Prozent der Pkw-Halter in den nächsten fünf Jahren der Umstieg auf ein E-Auto in Frage, vor einem Jahr konnten sich das noch 44 Prozent vorstellen. Als Gründe für die Skepsis gegenüber der E-Mobilität wurden von den Befragten vor allem die begrenzte Reichweite, hohe Anschaffungskosten und die unausgereifte Infrastruktur angeführt. Die Zweifel der Autofahrer an der E-Mobilität decken sich mit aktuell deutlich einbrechenden Neuzulassungszahlen von rein batterieelektrisch angetriebenen Pkw (BEV). Der Verband der Automobilindustrie (VDA) hat in seiner gestrigen Jahrespressekonferenz allzu hohe Erwartungen an den Absatz von BEV in Deutschland für 2024 gedämpft und rechnet stattdessen mit einem Rückgang um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. UNITI-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn ordnet ein: „Immer mehr Autofahrer erkennen, dass ihre persönlichen Anforderungen an eine bezahlbare individuelle Automobilität durch BEV nicht erfüllt werden können. Der vom europäischen und vom deutschen Gesetzgeber verordnete All-Electric-Ansatz gefährdet diese Mobilitätsanforderungen vielmehr und scheitert unter anderem deshalb gerade in der Realität. Eine Politik, die solchen wichtigen Bedürfnissen der Menschen nicht entspricht, kann nicht funktionieren.“ 90 Prozent der im Rahmen des DAT-Report 2024 befragten Pkw-Halter äußerten, dass das eigene Auto für sie elementar ist und ihnen Freiheit und Unabhängigkeit garantiert.

Verbrenner werden auch zukünftig dominieren – Hochlauf erneuerbarer Kraftstoffe notwendig

Der Anteil von BEV im Pkw-Bestand in Deutschland beträgt aktuell rund 3 Prozent, während etwa 97 Prozent der Autos über einen Verbrennungsmotor verfügen. „Die Elektromobilität ist damit trotz milliardensubventionen in den letzten Jahren in Deutschland nicht über einen Nischenstatus hinausgekommen“, stellt Elmar Kühn von UNITI fest. Sowohl der Bestand als auch die Neuzulassungen werden weiterhin von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor dominiert werden. Umso wichtiger, dass Verbrenner in die Klimaschutzbemühungen einbezogen werden können und dafür braucht es erneuerbare Kraftstoffe wie grünstrombasierte E-Fuels oder biogenes HVO, die regulativ für Neufahrzeuge angerechnet werden können. Rahmenbedingungen, die den raschen Produktions- und damit Markthochlauf dieser regenerativen Kraftstoffe ermöglichen, müssen zügig geschaffen werden,

fordert UNITI. „Vor allem muss das pauschale de facto Verbrennerverbot für neue Fahrzeuge in der EU ab 2035 gekippt werden, denn dieses Verbot stellt für potentielle Investoren in den Hochlauf klimaschonender Kraftstoffe das ultimative Stoppschild dar“, sagt UNITI-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn.

Ausstieg aus Verbrennerverbot würde Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland erhalten

Zweifel an dem Verbrenner-Aus wurden zuletzt herstellenseitig etwa von BMW und Stellantis sowie vom VDA geäußert. Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber, hat jüngst versprochen, sich dafür einzusetzen, das vom EU-Parlament beschlossene de facto Verbrenner-Verbot rückgängig zu machen. Die FDP hat in ihrem Europawahlprogramm die klare Botschaft gesetzt: „Wir wollen Verbrennungsmotoren klimafreundlich machen, nicht verbieten“.

Profitieren von einer Abkehr aus dem regulativ verordneten Verbrenner-Aus würde nach Ansicht von UNITI-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn auch der Automobilstandort Deutschland: „Hunderttausende Arbeitsplätze und Wertschöpfung in großem Umfang hängen in Deutschland vom Verbrennungsmotor ab, bei dieser Technologie ist unsere heimische Automobilindustrie weltweit führend. Eine solche Position darf nicht leichtfertig hergeschenkt werden, indem man alles auf die mehr als unsichere Karte Elektromobilität setzt. Zumal Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor beim Einsatz erneuerbarer Kraftstoffe einen wichtigen Beitrag zu bezahlbarem Klimaschutz im Verkehrssektor leisten könnten. Das gilt sowohl für Pkw als auch für schwere Nutzfahrzeuge.“

Über UNITI:

Der UNITI Bundesverband EnergieMittelstand e.V. repräsentiert in Deutschland rund 90 Prozent des mittelständischen Energiehandels und bündelt die Kompetenzen bei Kraftstoffen, Brennstoffen sowie Schmierstoffen. Täglich frequentieren über 4 Millionen Kunden die rund 6.200 Straßentankstellen der UNITI-Mitgliedsunternehmen, welche über 40 Prozent des Straßentankstellenmarktes ausmachen. Mit etwa 3.700 freien Tankstellen sind bei UNITI zudem fast 70 Prozent der freien Tankstellen organisiert. Überdies versorgen die UNITI-Mitglieder etwa 20 Millionen Menschen mit Wärme. Die Verbandsmitglieder decken rund 80 Prozent des Gesamtmarktes für flüssige und feste Brennstoffe ab. Ebenso zählen mit einem Marktanteil von über 50 Prozent die meisten unabhängigen mittelständischen Schmierstoffhersteller und Schmierstoffhändler in Deutschland zum Verband. Die rund 1.000 Mitgliedsfirmen von UNITI erzielen einen jährlichen Gesamtumsatz von etwa 80 Milliarden Euro und beschäftigen rund 80.000 Arbeitnehmer in Deutschland.

Pressekontakt:

Alexander Vorbau, M.A.

Leiter Kommunikation

Tel.: (030) 755 414-520

E-Mail: vorbau@uniti.de

UNITI Bundesverband EnergieMittelstand e.V.